

Position

# VDGH fordert steuerliche Forschungsförderung

Der Verband der Diagnostica-Industrie (VDGH) hat seine Positionen zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens mit Blick auf die kommende Legislaturperiode aktualisiert. Mit seinem Neun-Punkte-Papier will der VDGH einen nachhaltigen Diskussionsbeitrag für die zukunftssichere Ausgestaltung des deutschen Gesundheitssystems leisten und auf den Stellenwert der In-vitro-Diagnostica- und Life-Science-Research-Branche (LSR) aufmerksam machen. Der VDGH unterstützt in seinen Grundsatzpositionen zudem die zuletzt geäußerten Forderungen von Verbänden und Industrie nach einer steuerlichen Forschungsförderung unter Beibehaltung der Projektförderung. „Wir hoffen, dass

che Forschungsförderung nach wie vor ein wichtiges Thema: Etwa 12 Prozent der Beschäftigten der IVD- und LSR-Industrie sind im Bereich Forschung und Entwicklung tätig. Dies ist ein Spitzenwert im Vergleich zu anderen Industriezweigen. Steuerliche Forschungsförderung setzt Impulse für Wachstum und Hightech-Arbeitsplätze. Die steuerliche Forschungsförderung soll die projektbezogene Forschungsförderung nicht ersetzen, sondern diese ergänzen. Sie kann als „tax credit“ in Form eines prozentualen Abzugs des F&E-Aufwands von der Steuerschuld ausgestaltet werden. Liegt keine Steuerschuld vor, sollte eine Gutschrift erfolgen, lauten die Forderungen des VDGH.



## Die aktualisierte Fassung der VDGH-Positionen

das aktuelle Interesse an dem Thema bei den Parteien insgesamt nicht nur dem Wahlkampf geschuldet ist, sondern perspektivisch eine Wende in der Steuerpolitik einleitet“, so VDGH-Geschäftsführer Dr. Martin Walger.

Für IVD-Hersteller und Life-Science-Research-Unternehmen ist die steuerliche

Um forschende Unternehmen aller Größenklassen adäquat zu berücksichtigen, sollte die Förderung gegebenenfalls nach Größenklassen variiert werden. „Im Gegensatz zur Mehrzahl der OECD- und EU-Staaten existiert in Deutschland keine steuerliche Forschungsförderung. Ihre Einführung ist überfällig. Denn jene Länder, die am meisten in ihre Innovationsfähigkeit investieren, zählen zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Nationen“, erklärt der VDGH-Geschäftsführer.

Ordnungspolitisch ist aus Sicht des Verbandes eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung sinnvoll, weil sie den Firmen die Wahl der Forschungsthemen überlässt, leicht und unbürokratisch ausgestaltet werden kann und einzelne Branchen oder Unternehmen weder bevorzugt noch benachteiligt. Eine steuerliche Förderung von Forschungsaktivitäten wird zu höheren Forschungsaufwendungen der Unternehmen und zu gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsgewinnen führen, prognostiziert der VDGH. Jeder so eingesetzte Euro des Staates



Termine
<b>28. Juni 2017, Berlin</b> Vorstandssitzung FA LSR
<b>5. Juli 2017, Köln</b> LSR-Aktionstag für Berufe
<b>30. November 2017, Düsseldorf</b> LSR-Aktionstag für Berufe

induziert nach volkswirtschaftlichen Berechnungen zusätzliche F&E-Aufwendungen der Unternehmen von 1,25 Euro. Gleichzeitig würde die deutsche Volkswirtschaft durch Steuermehreinnahmen und Nutzung des technischen Fortschritts mit ungefähr 750 Mio. Euro pro Jahr profitieren, so dass innerhalb kurzer Zeit ein Return on Investment für den Staatshaushalt gegeben wäre, heißt es in dem Positionspapier.

„In den meisten OECD-Staaten werden entsprechende steuerliche Anreize (tax credits) in einer Höhe von 8 bis 20 Prozent gesetzt. Deutschland sollte sich daran orientieren“, sagt Walger. Neben der steuerlichen Forschungsförderung ist den Unternehmen der Fachabteilung LSR im VDGH aber auch eine größere Transparenz bei den projektbezogenen Forschungsausgaben wichtig. Sie fordern deshalb eine aussagekräftige Übersicht der tatsächlichen Forschungsausgaben. Dies ist bislang noch nicht vollständig gegeben.

Mehr Informationen zur Fachabteilung Life Science Research im VDGH sind unter <https://lsr.vdgh.de> zu finden. Dort kann auch die aktualisierte Positionsbroschüre des VDGH heruntergeladen werden.

Gabriele Köhne, Leiterin Presse und Kommunikation (VDGH)

Abb.: VDGH